



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Niederkassel

Volker Heinsch
Fraktionsvorsitzender

Wahner Str. 14a
53859 Niederkassel,

Herrn Bürgermeister
Stephan Vehreschild

den 14. September 2015

Tel.: pr. 02208/9218309
e-mail: volker.heinsch@spd-niederkassel.de

**Einführung einer Gesundheitskarte für
Flüchtlinge in Niederkassel**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Rates am
23. September 2015 zu beraten:

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Niederkassel nutzt die von der Landesregierung geschaffene Möglichkeit, Gesundheitskarten an Flüchtlinge auszugeben und tritt der Rahmenvereinbarung mit den gesetzlichen Krankenkassen bei.

Die Einführung der Gesundheitskarte soll, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Solidargemeinschaft zur Abrechnung der Gesundheitskosten zwischen den Kommunen im Rhein-Sieg Kreis, durchgeführt werden.

Begründung:

Das Land NRW hat eine Rahmenvereinbarung mit mehreren gesetzlichen Krankenkassen getroffen, die die Ausgabe von Gesundheitskarten an Flüchtlinge ermöglichen soll. Kommunen, die für die Krankenversorgung zuständig sind, können dieser Vereinbarung beitreten. Dies ermöglicht Flüchtlingen im Krankheitsfall einen Arzt aufzusuchen, ohne zuvor von der Stadtverwaltung einen Behandlungsschein ausgestellt bekommen zu müssen. Damit fallen bürokratische Hürden vor einem Arztbesuch weg und die Flüchtlinge erhalten ein Stück Selbstbestimmung zurück.

Wir begrüßen die Rahmenvereinbarung und sind überzeugt, dass dies nicht nur die Lebensqualität der Flüchtlinge erheblich verbessert, sondern auch Ressourcen bei der Verwaltung einsparen kann. Diese muss sich nicht mehr mit der Ausstellung von Krankenscheinen beschäftigen und kann somit die freien Kapazitäten für andere Aufgaben einsetzen.

Eine Ausweitung der Leistungen im Vergleich zum Status quo ist mit der Gesundheitskarte nicht verbunden, da weiterhin das AsylbLG den Rahmen der Versorgung und Kostenerstattung der Kommune definiert.

Erfahrungen der Städte Hamburg und Bremen, wo es eine solche Karte bereits gibt, zeigen keinen Anstieg der Ausgaben für die Krankenversorgung, sondern im Gegenteil Ersparnis durch wegfallenden Verwaltungsaufwand.

Da die Solidargemeinschaft der 19 Kommunen im Rhein Sieg Kreis für alle nur positiv ist, soll die Einführung der Gesundheitskarte in Niederkassel nur durchgeführt werden, wenn die Solidargemeinschaft erhalten bleibt und die Abrechnung weiterhin über den Rhein Sieg Kreis erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Heinsch
Fraktionsvorsitzender

**Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"
im Rat der Stadt Niederkassel**



**ANTRAG auf Beratung und Beschlussfassung
über den kommunalen Beitritt in den Rahmenvertrag NRW, betreffend die
Gesundheitskarte für Flüchtlinge,
durch Teilnahme-Erklärung beim Landesgesundheitsministerium bis zum
31.10.2015**

Begründung:

Am 31. Oktober endet die Frist, bis zu der sich Kommunen beim Landesgesundheitsministerium melden können, die sich für eine Teilnahme am Rahmenvertrag NRW entschieden haben.

Die entsprechende Rahmenvereinbarung wurde zwischen dem Ministerium, acht landesunmittelbaren Krankenkassen und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt.

Sie regelt die Übernahme der Krankenbehandlung (Organisation und Abwicklung) von Flüchtlingen in Städten und Gemeinden von NRW ab Januar 2016.

Einer Kommune zugewiesene Flüchtlinge, nicht diejenigen in Erstunterbringung, werden demnach schon kurz nach ihrer Ankunft die Gesundheitskarte erhalten. Sie soll für 24 Monate gelten und insbesondere die erste Zeit mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus überbrücken. Sie wird Flüchtlinge berechtigen obligatorische ärztliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, ohne dass das Sozialamt und das Gesundheitsamt die Einzelentscheidung dafür treffen.

Durch die Einführung der Gesundheitskarte können Flüchtlinge in akuten Krankheitsfällen direkt den Arzt aufsuchen, dadurch würde auch das zuständige Sozialamt in erheblichem Umfang entlastet.